

Kassel documenta Stadt  
Stadtverordnetenversammlung  
Ausschuss für Recht, Sicherheit,  
Integration und Gleichstellung

Geschäftsstelle:  
Hauptamt  
Büro der  
Stadtverordnetenversammlung  
Sabine John  
sabine.john@kassel.de  
Telefon 0561 787 1226  
Fax 0561 787 2182

Rathaus  
Obere Königsstraße 8  
34117 Kassel  
W 224a

Behördennummer 115  
Rechtshinweise  
zur elektronischen  
Kommunikation  
im Impressum unter  
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die  
Mitglieder  
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration  
und Gleichstellung  
der Stadtverordnetenversammlung  
Kassel

**Kassel** documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

9. Mai 2019  
1 von 1

zur **29.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und  
Gleichstellung lade ich ein für

**Donnerstag, 16. Mai 2019, 17:00 Uhr,  
Lesezimmer, Rathaus, Kassel.**

**Tagesordnung:**

- 1. Parkdruck im Bereich Neubau Vitos-Klinik**  
Anfrage der CDU-Fraktion  
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Regina Nebelung  
- 101.18.1229 -
- 2. Eindämmung wilder Müllablagerungen**  
Antrag der CDU-Fraktion  
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann  
- 101.18.1274 -
- 3. Verweigerung des Sozialministeriums für einen verbesserten  
Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner von  
Feuerwehrlern bei tödlichen Unfallereignissen**  
Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten  
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Matthias Nölke  
- 101.18.1291 -

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Kortmann  
Vorsitzender

**Niederschrift**

über die 29. öffentliche Sitzung

**des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

**am Donnerstag, 16. Mai 2019, 17:00 Uhr**

im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

27. Mai 2019

1 von 5

**Anwesende:**

**Mitglieder**

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU

Matthias Nölke, 1. stellvertretender Vorsitzender, FDP

Dr. Hasina Farouq, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD

Mario Lang, Mitglied, SPD

(Vertretung für Norbert Sprafke)

Anja Möller, Mitglied, SPD

Petra Ullrich, Mitglied, SPD

Holger Augustin, Mitglied, CDU

Valentino Lipardi, Mitglied, CDU

Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne

Michael Werl, Mitglied, AfD

Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke

**Teilnehmer mit beratender Stimme**

Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates

(Vertretung für Gerd Walter)

Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

**Magistrat**

Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

**Schriftführung**

Sabine John, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Entschuldigt:**

Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates

**Tagesordnung:**

1. **Parkdruck im Bereich Neubau Vitos-Klinik** 101.18.1229
2. **Eindämmung wilder Müllablagerungen** 101.18.1274
3. **Verweigerung des Sozialministeriums für einen verbesserten  
Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner von  
Feuerwehrleuten bei tödlichen Unfallereignissen** 101.18.1291

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 09.05.2019 ordnungsgemäß einberufene 29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 von 5

### Zur Tagesordnung

Vorsitzender Kortmann teilt mit, dass die SPD-Fraktion die Erweiterung der Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. „Verbesserter Versicherungsschutz“, 101.18.1328, beantragt. Stadtverordneter Augustin, CDU-Fraktion, spricht dagegen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei  
Zustimmung: SPD, B90/Grüne  
Ablehnung: CDU, AfD, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten  
Enthaltung: --  
den

### Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Ernst betr. verbesserter Versicherungsschutz, 101.18.1328, wird **abgelehnt**.

Vorsitzender Kortmann stellt die Tagesordnung fest.

#### 1. Parkdruck im Bereich Neubau Vitos-Klinik

Anfrage der CDU-Fraktion  
- 101.18.1229 -

### Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie beurteilt der Magistrat den aktuellen Parkdruck im Bereich Bad Wilhelmshöhe (Quartier Neubau Vitos-Klinik)?
2. Wie reagiert das Ordnungsamt auf diesen Zustand?

Stadtverordneter Augustin, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage, die von Stadtrat Stochla beantwortet wird. 3 von 5

**Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.**

Vorsitzender Kortmann gibt die Sitzungsleitung aufgrund eigener Wortmeldungen zu dem Tagesordnungspunkt 2 an den 1. stellvertretenden Vorsitzenden, Stadtverordneter Nölke, ab.

## **2. Eindämmung wilder Müllablagerungen**

Antrag der CDU-Fraktion  
- 101.18.1274 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, nachdem die bisherigen Aktivitäten des Magistrats zur Eindämmung der wilden Müllablagerungen und der Verschmutzungen in den städtischen Park- und Grünanlagen nicht erfolgreich waren, das Problem der Verschmutzung der städtischen Anlagen mit den zur Verfügung stehenden kommunalen Mitteln offensiv und nachhaltig zu lösen. Dabei sind entsprechende Kontrollen durch das Ordnungsamt und das Umwelt- und Gartenamt regelmäßig durchzuführen.

Stadtverordneter Kortmann, CDU-Fraktion, begründet den Antrag.

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU, AfD, FDP+FW+Piraten

Ablehnung: SPD, B90/Grüne

Enthaltung: Kasseler Linke

den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Eindämmung wilder Müllablagerungen, 101.18.1274, wird bei Stimmengleichheit **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Dr. Farouq

**3. Verweigerung des Sozialministeriums für einen verbesserten Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner von Feuerwehrleuten bei tödlichen Unfallereignissen**

Antrag der Fraktion FDP, Freie Wähler und Piraten  
- 101.18.1291 -

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Kassel unterstützt das Anliegen des Landesfeuerwehrverbandes Hessen, schließt sich daher dessen Resolution an und unterstützt die folgenden Forderungen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Rechtsanspruch auf eine Entschädigungszahlung für Lebenspartner von bei Einsätzen zu Tode gekommenen unverheirateten Feuerwehrleuten in angemessener Höhe zu schaffen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Anpassung in Form der Indexierung von Zahlungen für Schwerstverletzte und für Lebenspartner von im Einsatz tödlich verunglückten freiwilligen Feuerwehrleuten zu schaffen. Auch auf diese Leistung soll ein Rechtsanspruch bestehen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, alle in der Mehrleistungssatzung der Unfallkasse beschriebenen Leistungen direkt zu übernehmen und dies verwaltungstechnisch sofort umzusetzen, sofern sie die Mehrleistungssatzung der Unfallkasse weiterhin nicht genehmigt.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, zu erklären, aus welchen Gründen „Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit“ für die Begründung der Ablehnung der Mehrleistungssatzung der Unfallkasse herangezogen wurden.

Stadtverordneter Nölke, Fraktion FDP+FW+Piraten, begründet den Antrag.

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

5 von 5

Zustimmung: CDU, AfD

Ablehnung: SPD, B90/Grüne

Enthaltung: Kasseler Linke  
den

### Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion FDP+FW+Piraten betr. Verweigerung des Sozialministeriums für einen verbesserten Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner von Feuerwehrleuten bei tödlichen Unfallereignissen, 101.18.1291, wird bei Stimmengleichheit **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Tesfaiesus

**Ende der Sitzung:** 17.50 Uhr

Stefan Kortmann  
Vorsitzender

Sabine John  
Schriftführerin

**Vorlage Nr. 101.18.1229**

27. Februar 2019  
1 von 1

**Parkdruck im Bereich Neubau Vitos-Klinik**

**Anfrage**

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie beurteilt der Magistrat den aktuellen Parkdruck im Bereich Bad Wilhelmshöhe (Quartier Neubau Vitos-Klinik)?
2. Wie reagiert das Ordnungsamt auf diesen Zustand?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Regina Nebelung

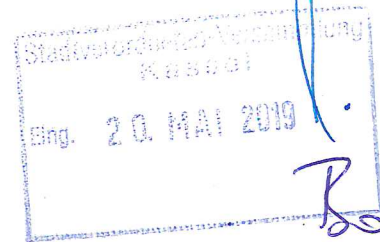
gez. Dr. Michael von Rügen  
Fraktionsvorsitzender CDU

Ordnungsamt / Straßenverkehrs und  
Tiefbauamt  
-32-/-66-

Anlage zu TOP 1

Kassel, 5. März 2019

-III-



Anfrage der CDU-Fraktion zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung am 28. März 2019, Vorlage 101.18.1229

Fragestellerin: Stadtverordnete Regina Nebelung

**Parkdruck im Bereich Neubau Vitos-Klinik**

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie beurteilt der Magistrat den aktuellen Parkdruck im Bereich Bad Wilhelmshöhe (Quartier Neubau Vitos-Klinik)
2. Wie reagiert das Ordnungsamt auf diesen Zustand?

**Antwort**

1. Um Baustellenverkehr zur Baustelle der Vitos-Klinik zu ermöglichen, wurden auf einer Länge von ca. 80 m Halteverbote angeordnet. Hierzu liegen bisher weder negative Rückmeldungen seitens des Ortsbeirates noch von Anwohnern vor.
2. Beim Ordnungsamt liegen aktuell keine Hinweise bzw. Beschwerden bezüglich eines Parkdrucks aufgrund des Neubaus der Vitos-Klinik vor. Der Bereich wird regelmäßig von Ordnungspolizeibeamtinnen und Ordnungspolizeibeamten kontrolliert. Bisher gab es keine nennenswerten Auffälligkeiten. In Baustellenbereichen gibt es im ganzen Stadtgebiet Einschränkungen hinsichtlich der Verkehrssituation und des Parkens. Da es sich hierbei um vorübergehende Einschränkungen handelt, haben viele Bürgerinnen und Bürger Verständnis für die Situation.



**Vorlage Nr. 101.18.1274**

27. März 2019  
1 von 1

## **Eindämmung wilder Müllablagerungen**

### **Antrag**

#### **zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, nachdem die bisherigen Aktivitäten des Magistrats zur Eindämmung der wilden Müllablagerungen und der Verschmutzungen in den städtischen Park- und Grünanlagen nicht erfolgreich waren, das Problem der Verschmutzung der städtischen Anlagen mit den zur Verfügung stehenden kommunalen Mitteln offensiv und nachhaltig zu lösen. Dabei sind entsprechende Kontrollen durch das Ordnungsamt und das Umwelt- und Gartenamt regelmäßig durchzuführen.

Berichterstatter/-in:                    Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Michael von Rügen  
Fraktionsvorsitzender CDU

Vorlage Nr. 101.18.1291

18. April 2019  
1 von 3

**Verweigerung des Sozialministeriums für einen verbesserten  
Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner von Feuerwehrleuten bei  
tödlichen Unfallereignissen**

**Antrag**

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und  
Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Kassel unterstützt das Anliegen des Landesfeuerwehrverbandes  
Hessen, schließt sich daher dessen Resolution an und unterstützt die folgenden  
Forderungen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Rechtsanspruch auf eine  
Entschädigungszahlung für Lebenspartner von bei Einsätzen zu Tode  
gekommenen unverheirateten Feuerwehrleuten in angemessener Höhe zu  
schaffen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Anpassung in Form der  
Indexierung von Zahlungen für Schwerstverletzte und für Lebenspartner von  
im Einsatz tödlich verunglückten freiwilligen Feuerwehrleuten zu schaffen.  
Auch auf diese Leistung soll ein Rechtsanspruch bestehen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, alle in der Mehrleistungssatzung der  
Unfallkasse beschriebenen Leistungen direkt zu übernehmen und dies  
verwaltungstechnisch sofort umzusetzen, sofern sie die  
Mehrleistungssatzung der Unfallkasse weiterhin nicht genehmigt.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, zu erklären, aus welchen Gründen  
„Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit“ für die Begründung der Ablehnung der  
Mehrleistungssatzung der Unfallkasse herangezogen wurden.

Die Freiwilligen Feuerwehren stehen tagtäglich mit ihrer Gesundheit für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger ein. Sie sind im Jahr bei rund 70.000 Einsätzen für die Sicherheit unterwegs. Dafür verdienen die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren Respekt, Anerkennung und Wertschätzung. Leider hat sich jetzt gezeigt, dass Lebenspartner unverheirateter Feuerwehrleute im Falle eines Unfalls im Einsatz nicht versichert sind. Diese Absicherungslücke entspricht heute nicht mehr der Lebenswirklichkeit und ist den Feuerwehrleuten nicht zu vermitteln. Zudem sind dauerhaft Schwerstverletzte inflationsbedingt sukzessive schlechter gestellt, weil die notwendige Indexierung fehlt. Entsprechende Regelungen sollten jetzt über eine sogenannte Mehrleistungssatzung der Unfallkasse Hessen erreicht werden. Das hessische Sozialministerium verweigert jedoch einen solchen verbesserten Versicherungsschutz bei tödlichen Unfällen und für dauerhaft Schwerstverletzte. Begründet wurde die Ablehnung durch den für die Unfallkasse zuständigen hessischen Sozialminister mit dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Auch die in der Zwischenzeit seitens der Landesregierung angekündigte Bundesratsinitiative, mit der eine Lösung des Problems auf Bundesebene gefunden werden soll, löst das Problem für die Feuerwehrkameradinnen und –kameraden nicht, da nicht ansatzweise erkennbar ist, ob diese Initiative Erfolg haben wird und wann es zu entsprechenden Ergebnissen kommt. Genauso wenig hilft ein seitens des Innenministeriums angekündigter Erlass, mit dem eine Übergangslösung für Härtefälle gefunden werden soll. Auch damit bestünde weiter kein Rechtsanspruch auf eine Leistung für die Lebenspartner. Eine in der Zwischenzeit nachgeschobene Begründung für die Ablehnung mit einer rechtlichen Situation ist nicht nachvollziehbar, da im Bundesland Niedersachsen eine entsprechende Genehmigung durch das Land erfolgt ist.

Die Landesregierung wird deshalb mit diesem Antrag aufgefordert, die von ihr getroffene Entscheidung zu korrigieren. Durch eine unverzügliche Lösung soll sichergestellt werden, dass Entschädigungsmöglichkeiten für Lebenspartnern von im Einsatz tödlich verunglückten oder schwerstverletzten freiwilligen Feuerwehrleuten bestehen. Der seitens des Innenministeriums angekündigte Erlass lässt bereits in seinem Entwurf im Unklaren, wie der Ablauf einer Einmalzahlung und das Beantragungsverfahren diesbezüglich ausgestaltet werden soll, mithin, ob tatsächlich ein Rechtsanspruch auf die Leistungen besteht. Darüber hinaus sind die im Erlassentwurf in Aussicht gestellten etwaigen Zahlungen niedriger, als die der Unfallkasse Hessen.

Neben der einmaligen Unfallentschädigung ist eine Indexierung der Leistungen für dauerhaft Schwerstverletzte und für die Lebenspartner der tödlich verunglückten Feuerwehrleute vonnöten. Bezüglich der Frage der Indexierung für Verstorbene oder dauerhaft Schwerstverletzte wurde von der Landesregierung keine Aussage getroffen. Ohne Indexierung der Leistung für dauerhaft Schwerstverletzte folgt im Laufe der Jahre ein enormer Kaufkraftverlust, da die Leistungen nicht an die Inflation angepasst werden und somit im Wert massiv verlieren.

Die Begründung der Ablehnung der Mehrleistungssatzung der Unfallkasse mit dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ist inakzeptabel, weil sie fehlenden Respekt für den unermüdlichen tagtäglichen Einsatz der 72.000 Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr in Hessen zeigt und es sich tatsächlich um einen Betrag von jährlich 37.500 Euro für die Absicherung der Feuerwehrleute handelt. 3 von 3

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Matthias Nölke

gez. Matthias Nölke  
Fraktionsvorsitzender